



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 186/GP

26.09.2016

**Huml bei erstem bayerischen Pflegegipfel in Nürnberg - Ministerin:
Wichtige Anregungen und Impulse für intensivere Zusammenarbeit**

Mit den Herausforderungen im Pflegebereich hat sich am Montag in Nürnberg der erste bayerische Pflegegipfel befasst. Zu dem Treffen hatte **Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml** eingeladen. Huml betonte am Rande der Beratungen: "Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit ihren Schwächeren umgeht. Deshalb ist es mein Ziel, weitere Fortschritte für Pflegebedürftige zu erreichen."

Die Ministerin fügte hinzu: "Auch in Bayern wird das Thema Pflege immer mehr an Bedeutung gewinnen. Mit dem Pflegegipfel möchte ich eine verstärkte Zusammenarbeit bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe erreichen. Deshalb habe ich sowohl Vertreter der Pflegeberufe und der Wissenschaft als auch der Kassen, Kommunen und Einrichtungsträger eingeladen. Außerdem habe ich Vertreter von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen gebeten, an den Beratungen teilzunehmen."

Bei dem Pflegegipfel ging es unter anderem um die besonderen Bedürfnisse häuslich Pfleger und um die Sicherung des Personalnachwuchses in der Altenpflege. Weitere Themen waren die Weiterentwicklungsmöglichkeiten bei der Pflegeversicherung und die Chancen durch den Einsatz technischer Unterstützung bei der Pflege. Auf der Tagesordnung stand ferner die Frage, wie weit sich der Staat in die pflegerische Versorgung des Einzelnen einmischen soll.

Huml unterstrich: "Ich nehme aus Nürnberg viele Anregungen und Impulse mit. Zunächst war es wichtig, gemeinsam die wichtigsten Fragen zu formulieren, auf die in der Versorgung Antworten gefunden werden müssen. Ein zweiter Pflegegipfel wird im Juli 2017 mit einem erweiterten Kreis von rund 300 Teilnehmern folgen. Dazu werden auch Vertreter aus der Bundespolitik eingeladen. Die Erkenntnisse aus beiden Pflegegipfeln werden dann die Grundlage für Entscheidungen über langfristige Ziele der bayerischen Pflegepolitik sein."

Die Ministerin ergänzte: "Die Politik hat Handlungsfähigkeit bewiesen – zum Beispiel mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bundes und mit Verbesserungen auf Landesebene. Auf den aktuellen Reformen dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Wir müssen uns vielmehr jetzt damit befassen, welche Weichen wir für die pflegerische Versorgung in den nächsten Jahrzehnten stellen wollen. Deshalb möchte ich eine noch intensivere Diskussion über den künftigen Umgang mit Pflegebedürftigen anstoßen. Diese Debatte



soll sich nicht auf tagesaktuelle Anlässe beschränken, sondern grundsätzliche Fragen behandeln."